



## Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die  
2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schulausschusses  
am 03.05.2012  
in Rotenburg, Ratsgymnasium, Aula

### Teilnehmer:

#### Mitglieder des Kreistages

Abg. Helmut Ringe  
Abg. Ulrich Thiart  
Abg. Lothar Cordts  
Abg. Wolfgang Harling  
Abg. Volker Kullik  
Abg. Reinhard Bussenius  
Abg. Reinhard Lindenberg  
Abg. Heinz-Günter Bargfrede bis 18.03 Uhr Vertretung für Abg.e Angela van Beek  
Abg. Rolf Lüdemann Vertretung für Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde  
Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten  
Abg.e Dr. Gabriele Hornhardt  
Abg. Hartmut Leefers  
Abg. Jan-Christoph Oetjen

#### Interessenvertreter

Frau Sabine Stahmann-Wruck  
Herr Günther Justen-Stahl Vertretung für Herrn Joachim Hickisch  
Herr Steffen Wellbrock  
Frau Rebecca Meyer  
Herr Bernd Luttmann  
Herr Hartmut Schaarschmidt

#### Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann bis 16.45 Uhr  
Erster KR Dr. Torsten Lühring  
KAR Horst Wilshusen  
KA Detlev Bolz

## Tagesordnung:

### a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Schulausschusses am 24.11.2011
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Elternbefragung zur Feststellung des Bedürfnisses für eine integrierten Gesamtschule  
Vorlage: 2011-16/0160
- 6 Einrichtung einer Kooperationsklasse der Schule am Mahlersberg in der Grundschule Klenkendorfer Mühle in Brillit  
Vorlage: 2011-16/0161
- 7 Mittagsverpflegung an kreiseigenen Schulen  
Vorlage: 2011-16/0162
- 8 Kreisschulbaukasse
- 8.1 Einzelanträge  
Vorlage: 2011-16/0164
- 8.2 Mitteilung über abgeschlossene Maßnahmen  
Vorlage: 2011-16/0163
- 9 Beteiligung des Landkreises an Baumaßnahmen gemeindlicher gymnasialer Schulträger
  - a) Ganztagsräumlichkeiten an der KGS Tarmstedt
  - b) Erweiterungen an der KGS SittensenVorlage: 2011-16/0165
- 10 Antrag des Abg. Lindenberg zur Einrichtung einer Stelle in der Mediothek in den Berufsbildenden Schulen in Bremervörde
- 11 Anfragen

### a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Vorsitzender Ringe** eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr, begrüßt die Mitglieder des Schulausschusses, die Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Gemeinde des Südkreises, die Presse sowie die zahlreichen Zuhörer.

**Vorsitzender Ringe** stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Herr Dettling von der Landesschulbehörde sei krankheitsbedingt verhindert.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

**Vorsitzender Ringe** weist auf den nachgesandten Eilantrag des Abg. Lindenberg zur Mediothek in den Berufsbildenden Schulen in Bremervörde hin, der als Tagesordnungspunkt 10 behandelt werden solle.

Weitere Änderungswünsche oder –notwendigkeiten zur Tagesordnung ergeben sich nicht.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Schulausschusses am 24.11.2011**

---

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

---

**Erster KR Dr. Lühring** berichtet, die Herren Bernd Luttmann, Günter Justen-Stahl und Hartmut Schaarschmidt seien zu Beginn der Sitzung auf die ihnen nach den §§ 40 bis 42 NKomVG obliegenden Pflichten hinzuweisen. Eine Ausfertigung des Gesetzestextes sei den Interessenvertretern ausgehändigt worden.

Am 01.02.2012, so **Erster KR Dr. Lühring** weiter, habe die neue Schulleiterin des Gymnasiums Bremervörde, Frau Dr. Richlick, ihren Dienst angetreten. Herr Günther, der Leiter der Förderschule am Mahlersberg in Bremervörde, sei in den vorzeitigen Ruhestand getreten. Frau Bergmann, die Leiterin der Pestalozzischule Rotenburg, sei zum 01.05.2012 zur Landesschulbehörde in Rotenburg gewechselt. Die Aufgaben würden durch Herrn Wiedmann bzw. Frau Feil vertretungshalber wahrgenommen.

**Erster KR Dr. Lühring** weist darauf hin, dass das Gesetz zur Einführung der inklusiven Schule zwischenzeitlich im Wesentlichen so in Kraft getreten sei, wie in der 1. Sitzung des Schulausschusses dargestellt.

**Erster KR Dr. Lühring** berichtet weiter, der vom Schulausschuss in seiner letzten Sitzung angeregte Button für die Schülerbeförderung auf der Internetseite des Landkreises sei inzwischen unter „Anregung und Kritik“ programmiert und getestet worden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Elternbefragung zur Feststellung des Bedürfnisses für eine integrierten Gesamtschule (IGS)**

---

**Landrat Luttmann** weist einleitend auf den mit Schreiben vom 23.04.2012 nachgesandten Beschluss des Rates der Samtgemeinde Bothel hin, nach dem der Landkreis aufgefordert werde, eine Elternbefragung im Kreisgebiet, mindestens aber im südlichen Teil des Landkreises durchzuführen. Im Hinblick auf den Grundsatzbeschluss des Kreistages vom 16.12.2010 seien zur heutigen Sitzung die Hauptverwaltungsbeamten des Südkreises eingeladen worden. Sollte eine Elternbefragung im gesamten Landkreis durchgeführt werden, müssten auch die Hauptverwaltungsbeamten des Nordkreises eingeladen werden, was eine zusätzliche Sitzung des Schulausschusses erfordern würde.

**Vorsitzender Ringe** bittet die anwesenden Hauptverwaltungsbeamten um Stellungnahme zur Elternbefragung.

**Bürgermeister Eichinger** erklärt für die Stadt Rotenburg, eine Initiative zur Errichtung einer IGS in Rotenburg gebe es bereits seit 1991. Schon im Jahr 2009 habe der Rat die Errichtung einer IGS beschlossen. Dieser Beschluss sei in der Ratssitzung in der vergangenen Woche noch einmal bestätigt und der Landkreis zu einer Elternbefragung im Südkreis aufgefordert worden. Auch wenn er die Bedenken der anderen Verwaltungseinheiten im Südkreis anerkenne, sollte eine Elternbefragung zu den Standorten Rotenburg und Bothel durchgeführt werden, da die Stadt Rotenburg einen so genannten Berstschutz von 150 Schülern für eine mögliche IGS vorgesehen habe. Hinzuweisen sei darauf, dass die Realschule Rotenburg bereits jetzt von 21 Schülern aus anderen Gemeinden besucht werde.

**Bürgermeister Woltmann** erklärt für die Samtgemeinde Bothel, in der letzten Elternbefragung sei die Errichtung einer IGS knapp an der damaligen Mindestgrenze von 130 Schülern gescheitert. Nach der jetzigen Mindestzahl von 120 Schülern hätte eine IGS errichtet werden können. Hervorzuheben seien die zentrale Lage Bothels im Südkreis sowie die bereits vorhandenen Gebäude und die Sportanlagen. Eine Gefährdung anderer Schulstandorte sei durch eine IGS in Bothel geringer als durch eine IGS in Rotenburg.

**Bürgermeisterin Strehse** spricht sich für eine Elternbefragung lediglich in Bothel und Rotenburg aus, um die umliegenden Schulstandorte nicht zu gefährden. Die Oberschule in Visselhövede werde weitestgehend integrativ betrieben, da auch in Visselhövede der Wunsch zur Errichtung einer IGS bestehe. Zu hoffen sei auf veränderte Rahmenbedingungen nach der kommenden Landtagswahl.

Auf eine Frage des **Abg. Bargfrede** antwortet **Frau Strehse**, es gebe aktuell keinen Ratsbeschluss zu einer Elternbefragung.

Für die Gemeinde Scheeßel erklärt **Herr Behrens**, der Gemeinderat habe beschlossen, die Oberschule als Schulstandort langfristig zu erhalten und die Wünsche anderer Schulträger zu respektieren. Dies sei umgekehrt auch von diesen Schulträgern zu fordern. Von daher solle von einer Befragung im Gebiet der Gemeinde Scheeßel abgesehen werden.

**Bürgermeister Luckhaus** weist auf die Beschlusslage der Samtgemeinde Sottrum hin, nach der die Wünsche anderer Schulträger zu respektieren seien. Dies fordere er auch von diesen Schulträgern. Das Samtgemeindegebiet solle daher von einer Elternbefragung ausgenommen bleiben.

**Bürgermeister Niestädt** erklärt, die Samtgemeinde Fintel lehne eine südkreisweite Elternbefragung ebenfalls ab, um den Schulstandort Lauenbrück nicht zu gefährden. Sofern der Wunsch zur Errichtung einer IGS bestehe, müsse die für die Errichtung notwendige Schülerzahl aus dem jeweils eigenen Gemeindegebiet erreicht werden.

**Erster KR Dr. Lühring** weist auf die 10-Jahres-Prognose für die Gymnasien aus dem Jahr 2011 hin, die bereits deutlich sinkende Schülerzahlen ergebe. Bei Errichtung einer IGS sei mit einer weiteren Reduzierung der Schülerzahlen zu rechnen, was Auswirkungen zumindest auf die Profilbildung in den Gymnasien haben könne. Gleichwohl sei die Errichtung einer IGS eine politische Entscheidung, die von vielen Eltern gewollt sei. Bei der vor zwei Jahren eingerichteten KGS Sittensen habe insbesondere der Realschulzweig starken Zulauf, der zusätzliche Beförderungsnotwendigkeiten aus anderen Gemeinden nach sich gezogen habe. Im Gymnasialzweig werde die Mindestschülerzahl allerdings nach wie vor unterschritten.

**Abg. Bargfrede** ist der Auffassung, das kommunale Miteinander sei zu berücksichtigen. Daher müsse der vorgetragene Wunsch der Gemeinden, von einer Elternbefragung in deren Gebiet abzusehen, beachtet werden. Er spricht sich für eine Elternbefragung im Gebiet der Stadt Rotenburg und der Samtgemeinde Bothel aus.

**Herr Bernd Luttmann** weist auf den Beschluss des Kreiselternrates hin, nach dem eine Elternbefragung im Südkreis durchgeführt werden solle, um allen Eltern die Möglichkeit einer Willensbekundung zu einer IGS zu geben.

**Abg.e Dr. Hornhardt** sagt, die Errichtung einer IGS in Rotenburg werde die Schulstruktur im Südkreis nachhaltig zu Lasten der Grundzentren verschlechtern. Die vorgesehene Aufteilung auf zwei Schulgebäude widerspreche dem Grundgedanken einer gemeinschaftlichen Beschulung. Demgegenüber verfüge die Samtgemeinde Bothel über ausreichende arrondierte schulische Gebäude und Anlagen für eine IGS.

**Abg. Lüdemann** sieht auch bei einer auf das Gebiet der Stadt Rotenburg und der Samtgemeinde Bothel beschränkten Elternbefragung gute Chancen für die Errichtung einer IGS. Allerdings sollte seines Erachtens standortoffen befragt werden.

**Abg.e Dr. Hornhardt** beantragt, die Hauptverwaltungsbeamten noch einmal anzuhören. Dieser Antrag wird mit 10 Stimmen abgelehnt. 6 Abgeordnete haben für den Antrag gestimmt.

**Herr Justen-Stahl** zeigt sich von dem zum Ausdruck gebrachten Standortdenken befremdet. Im Vordergrund müsse das Ziel stehen, den Schülern eine gute Ausbildung zu gewährleisten.

**Abg. Oetjen** weist auf die sinkenden Schülerzahlen hin. Diese seien für die beiden beantragten Standorte in Rotenburg und Bothel nicht ausreichend. Hinsichtlich der zentralen Lage Bothels sowie einer möglichen Gefährdung der Gymnasialstandorte in Scheeßel, Rotenburg und Sottrum spreche er sich für eine Elternbefragung in Rotenburg und Bothel mit dem Standort für eine IGS in Bothel aus.

**Abg. Cordts** erklärt, auch eine auf Teile des Südkreises beschränkte Befragung werde eine Anwanderung von Schülern aus den ausgeklammerten Gemeinden zu einer IGS nicht verhindern. Von daher sollten im Rahmen einer Befragung im Südkreis auch andere mögliche Standorte abgefragt werden.

**Abg. Bussenius** führt aus, die Wünsche der Kommunen zur Errichtung einer IGS sollten, wenn die gesetzlichen Anforderungen erfüllt seien, unterstützt werden. Zunächst solle südkreisweit der grundsätzliche Wunsch nach einer IGS abgefragt werden. Anschließend könne eine Standort festgelegt werden.

**Frau Stahmann-Wruck** weist auf die anstehende inklusive Beschulung hin, für die eine IGS besonders günstige Voraussetzungen biete.

**Abg. Harling** zeigt sich hinsichtlich einer Gefährdung für das Gymnasium Sottrum durch eine mögliche IGS in Rotenburg besorgt. Eine Elternbefragung sollte daher auf das Gebiet der Stadt Rotenburg und der Samtgemeinde Bothel beschränkt werden.

**Erster KR Dr. Lühring** erklärt, eine standortoffene Befragung sei zwar möglich, reiche aber nicht als Grundlage für die Neuerrichtung einer Schule aus. Soll 2013 eine IGS errichtet werden, so muss die Elternbefragung konkrete Standorte vorgeben, wobei allerdings Zweitwünsche möglich seien.

**Abg. Leefers** sagt, die vorgetragene Wünsche der Kommunen nach einer gebietsmäßigen Einschränkung der Elternbefragung sollten respektiert werden.

Auf eine Frage des **Abg. Leefers** antwortet **Landrat Luttmann**, wenn die Elternbefragung genügend Schüler für die Standorte Rotenburg und Bothel als Erstwunsch ergeben, wären selbstverständlich Antragstellungen für beide Standorte möglich.

**Herr Schaarschmidt** bittet um Berücksichtigung des Votums des Kreiselternrates zu einer südkreisweiten Befragung.

**Abg. Kullik** sagt, die Möglichkeit zur Einrichtung von Oberschulen habe nicht zu dem erhofften Schulfrieden in Niedersachsen geführt. Er sehe durch die Möglichkeit zur Errichtung von zwei IGS'en im kommenden Jahr. Die Durchführung einer Elternbefragung nach den diesjährigen Sommerferien könne allerdings einen der beantragten Standorte gefährden, weshalb er eine Sitzungsunterbrechung beantrage.

**Vorsitzender Ringe** unterbricht die Sitzung von 16.10 Uhr bis 16.25 Uhr.

**Abg. Cordts** erklärt, um den Wünschen der Eltern Rechnung zu tragen, solle eine südkreisweite Befragung durchgeführt werden, wobei vorher allen Gemeinden des Südkreises Gelegenheit zu geben sei, ihrerseits rechtzeitig die Errichtung von IGS'en zu beantragen.

**Abg. Bargfrede** meint, die Gemeinden hätten bereits die Möglichkeit zur Antragstellung gehabt.

**Abg. Oetjen** sagt, dies entspreche nicht den hier vorgetragene Wünschen der Kommunen.

**Erster KR Dr. Lühring** erklärt, im Hinblick auf die Sitzungsterminierung sollten weitere Anträge zu Errichtung von IGS'en bis zum 07.06.2012 gestellt werden. Hierzu besteht Einvernehmen.

### **Beschluss:**

Zur Feststellung des Bedürfnisses für die Einrichtung von integrierten Gesamtschulen an den Standorten Rotenburg und Bothel zum Schuljahr 2013/14 wird durch den Landkreis zu Beginn des Schuljahres 2012/13 eine Befragung der Erziehungsberechtigten der Schüler der Jahrgangsstufen 1 bis 4 im Südkreis durchgeführt.

Weitere Standorte sind ggfs. Bis zum 07.06.2012 zu beantragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 14  
Nein-Stimmen: 4  
Enthaltung: 1

**Landrat Luttmann** verlässt die Sitzung um 16.45 Uhr.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Einrichtung einer Kooperationsklasse der Schule am Mahlersberg in der Grundschule Klenkendorfer Mühle in Brillit**

---

### **Beschluss:**

Einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Schule am Mahlersberg und der Grundschule Klenkendorfer Mühle zur Einrichtung einer Kooperationsklasse wird zugestimmt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 18  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

Punkt 7 der Tagesordnung: **Mittagsverpflegung an kreiseigenen Schulen**

---

**Herr Dr. Jarecki** gibt einen Überblick über die beabsichtigte Baumaßnahme. Das bisher aufgrund des kleinen Küchenbereiches eingeschränkte Angebot an warmen Speisen solle durch eine Vergrößerung der Küche erweitert werden. Weiterhin sei vorgesehen, einen Speiseraum in den jetzigen Hof hinein anzubauen, um die Zahl der Sitzplätze zu erhöhen und verbesserte Bedingungen für die Bibliothek und den Stillarbeitsraum zu schaffen.

**Erster KR Dr. Lühring** weist auf die in der letzten Sitzung vorgestellte Übersicht zur Mittagsverpflegung in den kreiseigenen Schulen hin. Demnach gebe es Nachholbedarf im Schulzentrum Bremervörde-Engeo sowie am Ratsgymnasium Rotenburg. Während für Bremervörde noch konzeptionelle Planungen notwendig seien, dränge sich für das Ratsgymnasium eine Lösung auf; deshalb solle dieser Standort zunächst beauftragt werden. Auf Nachfrage des **Abg. Harling** erklärt er, dass eine Kostenschätzung noch nicht vorläge, da ohne haushaltsrechtliche Absicherung kein Planungsauftrag erteilt werden könne. Die Verwaltung werde sich jedoch um eine grobe Kostenschätzung bis zur Kreisausschusssitzung bemühen.

### **Beschluss:**

Der Erweiterung der Cafeteria beim Ratsgymnasium Rotenburg (Wümme) wird zugestimmt.

Der hierfür erforderliche Betrag wird dem Teilhaushalt 3 als außerplanmäßige Ausgabe mit Deckung aus dem Teilhaushalt 7 – Jobcenter – zur Verfügung gestellt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 17  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 2

Punkt 8 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse**

---

Punkt 8.1 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse; Einzelanträge**

---

**Erster KR Dr. Lühring** weist darauf hin, dass die Stadt Bremervörde ihren Antrag auf Förderung einer neuen Grundschule aufrecht erhalte, ihn aber zurückgestellt habe. Die Stadt möchte eine Aussage über die möglichen Zuweisungs- und Darlehensbeträge erhalten; diese fänden sich in einem der Vorlage anliegenden Vermerk, sollen jedoch nicht in den Haushalt 2013 eingestellt werden, da die Stadt noch verschiedene Optionen prüfe.

**Abg. Dr. Holsten** erklärt zu den als nicht zuwendungsfähig erklärten Kosten für den Umbau der Bücherei bei der KGS Tarmstedt, die jetzige Bücherei sei deutlich zu klein um der Inanspruchnahme durch die Schüler gerecht zu werden. Auch im Vergleich zu anderen Schulbüchereien sei der vorgesehene Umbau angemessen.

**Erster KR Dr. Lühring** führt aus, die Bibliothek werde etwa zur Hälfte als Samtgemeindebücherei betrieben, sei aber bisher zu 100 % als Schulmaßnahme über die Kreisschulbaukasse abgerechnet worden. Bis zur Sitzung des Kreisausschusses könnten aber gerne nochmals die genauen Flächenanteile für Schul- und Samtgemeindebücherei überprüft und aufgeschlüsselt werden.

**Beschluss:**

Die Schulträger erhalten die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen aus der Kreisschulbaukasse für notwendige Schulbaukosten. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2013 bereit zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8.2 der Tagesordnung: **Kreisschulbaukasse; Mitteilung über abgeschlossene Maßnahmen**

---

Der Schulausschuss nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Beteiligung des Landkreises an Baumaßnahmen gemeindlicher gymnasialer Schulträger**

- a) **Ganztagsräumlichkeiten an der KGS Tarmstedt**
  - b) **Erweiterungen an der KGS Sittensen**
- 

**Beschluss:**

Für die Schaffung von Ganztagsräumlichkeiten an der KGS Tarmstedt erklärt der Landkreis Rotenburg (Wümme) das nach der Verwaltungsvereinbarung erforderliche Einvernehmen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 245.700 € sind im Haushalt 2013 bereit zu stellen.

Für die Erweiterungen an der KGS Sittensen erklärt der Landkreis Rotenburg (Wümme) das nach Verwaltungsvereinbarung erforderliche Einvernehmen. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 560.600 € sind im Haushalt 2013 bereit zu stellen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Antrag des Abg. Lindenberg zur Einrichtung einer Stelle in der Mediothek in den Berufsbildenden Schulen in Bremervörde**

---

**Abg. Lindenberg** erklärt, die Betreuung der Mediothek sei, nachdem Landesmittel nicht mehr zur Verfügung ständen und die zwischenzeitliche Mitfinanzierung durch den Landkreis auslaufe, gefährdet. Er weist auf seiner Meinung nach vergleichbare Einrichtungen des Landkreises hin sowie auf die Pflege von EDV-Geräten durch die Schule, die eigentlich dem Landkreis obliege.

**Erster KR Dr. Lühring** führt aus, alle neun kreiseigenen Schulen hielten Bibliotheken vor, die ganz überwiegend von Lehrkräften betreut würden und gleich zu behandeln seien. Die Medienzentren in Rotenburg und Bremervörde seien hingegen Einrichtungen des Landkreises für alle Schulen, die mit den Schulbibliotheken nicht vergleichbar seien. Im Medienzentrum in Bremervörde sei eine Vollzeitstelle besetzt. Das Medienzentrum in Rotenburg werde durch drei Mitarbeiter mit insgesamt 1,5 Stellen betreut, wobei von dort auch Aufgaben für den Kulturförderverein wahrgenommen würden. Das Medienzentrum in Rotenburg befinde sich in denselben Räumlichkeiten wie die Bibliothek der Berufsbildenden Schulen Rotenburg, so dass es hier tatsächlich mitunter zu kollegialen Vertretungen komme. Die zwischenzeitliche Mitfinanzierung der Stelle in der Mediothek in Bremervörde durch den Landkreis sei im vergangenen Jahr bereits einmal verlängert worden, obwohl es sich hierbei um eine Landesaufgabe handele. Die Betreuung der EDV-Anlagen in den kreiseigenen Schulen werde grundsätzlich durch die TUI-Abteilung des Landkreises sichergestellt; hier sei er im hausinternen Gespräch, um eine Verstärkung zu erreichen.

**Abg. Lindenberg** weist darauf hin, dass im Medienzentrum in Bremervörde auch Aufgaben der Musikschule erledigt würden. Gerade im Hinblick auf die umfassende EDV-Pflege durch die Schule sehe er einen grundlegenden Unterschied zur Mediothek in Rotenburg.

**Abg. Bussenius** weist auf die ggfs. erforderliche Kündigung der Betreuungskraft hin und hält eine mittelfristige Übergangslösung für notwendig, während der die Einzelheiten der weiteren Finanzierung zu klären seien.

**Herr Justen-Stahl** erläutert die bisherige Finanzierung der Stelle, für die ein jährlicher Betrag von 25.000 € notwendig sei. Die Mediothek sei der pädagogische Mittelpunkt der Schule, die spezielle im hiesigen Raum sonst nicht erhältliche Fachliteratur vorhalte. Eine Betreuung durch Lehrkräfte sei aufgrund der angespannten Personalsituation nicht möglich. Der Schulleiter habe die Mitglieder des Schulausschusses zu einer Ortsbesichtigung am 08.05.2012 eingeladen.

**Erster KR Dr. Lühring** rät von der Schaffung einer neuen Stelle ab. Einer auf zwei Jahre befristeten Übergangslösung könne allerdings nähergetreten werden, wobei die Stelle beim Verein bleiben und mit zusätzlichen Mitteln außerplanmäßig vom Landkreis gefördert werden solle.

**Frau Meyer** hebt die hohe Bedeutung der Mediothek für die Schüler hervor.

**Abg. Bargfrede** verlässt die Sitzung um 18.03 Uhr.

Nach kurzer weiterer Aussprache besteht einstimmig Einvernehmen, die beim Schulförderverein eingerichtete Stelle für die Betreuung der Mediothek für einen Zeitraum von zwei Jahren mit einem Betrag von jährlich 25.000 €, jeweils zur Hälfte aus dem kommunalen Schulbudget und aus zusätzlichen Landkreismitteln, zu fördern.

Punkt 11 der Tagesordnung: **Anfragen**

---

**Abg. Lindenberg** weist auf eine für Schulklassen interessante Ausstellung des Wasserverbandes hin. Der Wasserverband übernehme die Beförderungskosten zu dieser Ausstellung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer